

Infobrief.) 5 | 10

Bewältigung der Arbeitsmarktkrise 2010 infolge der Wirtschaftskrise

VORWORT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Aufschwung ist in aller Munde und tatsächlich eine wirtschaftliche Erholung auf dem Vormarsch. Der Arbeitsmarkt hat sich weiterhin als stabil erwiesen, die Zahl der Arbeitslosen soll noch in diesem Jahr die 3 Millionen-Marke unterschreiten. Das alles ist aber nun einmal kein Grund übermütig zu werden und ein Ende der Krise ausrufen: die „Aufräumarbeiten“ werden noch länger andauern.

Es steht außerdem zu befürchten, dass eine konjunkturelle Abkühlung bevorsteht – die Signale aus der Weltwirtschaft geben nur wenig Anlass zur Freude.

Insbesondere möchten wir euch dieses Mal auf den gesonderten Beitrag zu den internationalen Ratingagenturen und aktuelle Bestrebungen im Zusammenhang mit deren Regulierung hinweisen. Diese Institutionen hatten und haben ihre ganz eigene Rolle im Weltwirtschaftssystem und waren bei der Entstehung der Finanz- und Wirtschaftskrise mitentscheidend involviert.

Wir möchten Euch mit diesem und den anderen Themen wie gewohnt im Rahmen des vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familien und Frauen geförderten Projektbriefs einen kritischen Blick auf die derzeitigen Entwicklungen bieten und zur Diskussion anregen.

Das Projektteam: Aman Yoseph & Daniel Dorn



Daniel Dorn, wissenschaftlicher Mitarbeiter der TBS gGmbH



Aman Yoseph, wissenschaftlicher Mitarbeiter der TBS gGmbH

- 1. Konjunktur
- 2. Allgemeine Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt
- 3. Arbeitsmarktpolitik/Aktuelles
- 4. Qualifizierungsbeispiel
- 5. Aktuelles/Ratingagenturen



KONJUNKTUR

Stabilisierung und Aufschwung

Im zweiten Quartal 2010 hat sich die konjunkturelle Lage weiter stabilisiert. Verschiedene Konjunkturindikatoren haben sich erneut verbessert. Es scheint einen Aufschwung zu geben.

Der Ifo Geschäftsklimaindex ist – nach kurzer Stagnation im Mai – im Juni wieder weiter leicht gestiegen (101,8) und liegt nun im Juli nach einem kräftigen Anstieg bei 106,2 Punkten. Laut Ifo-Institut ist das der stärkste Ausschlag nach oben seit der deutschen Wiedervereinigung. Im Juli letzten Jahres lag er bei 87,4 Punkten. Der Index hat damit das Vorkrisenniveau erreicht. Vor allem die Lage der In-

dustrieunternehmen hat sich zunehmend verbessert, auch wenn die Exportaussichten nicht mehr ganz so optimistisch eingeschätzt wurden wie in den Vormonaten.

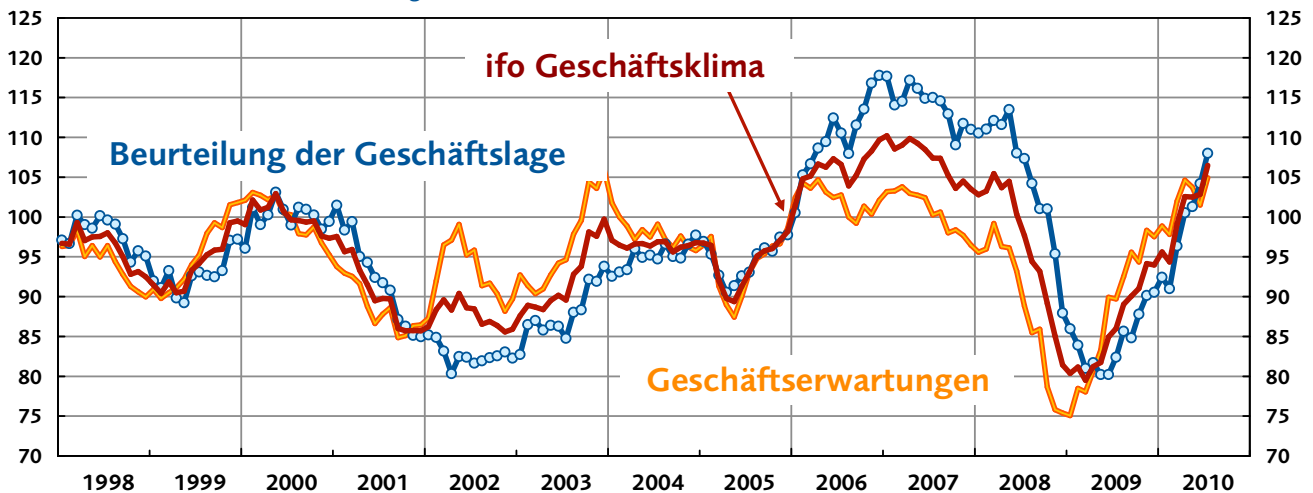
Auch für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt die deutsche Wirtschaft in Schwung: derzeit rechnen die DIW-Experten für das 2. Quartal mit einem kräftigen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,1%. Wesentlicher Wachstumstreiber seien vor allem Industrie und Bauwirtschaft. Deutliche Zuwächse in den exportgetriebenen Schlüsselindustrien zeugten von einem Aufschwung, der sich zunehmend stabilisiere. Die Pro-

duktion in der Chemie und in der Automobilindustrie liegt immer näher bei den alten Höchstständen von vor Beginn der Krise 2008. Auch der Maschinenbau holt allmählich auf. Vor allem der derzeit schwache Euro trägt zur Verbesserung des deutschen Exportgeschäfts bei. Ein hoher Anteil der deutschen Exporte geht dabei an Schwellenländer wie China und Indien, die derzeitigen Wachstumsmotoren der Weltwirtschaft. Laut Handelsblatt strotzen Spitzenmanager derzeit vor Optimismus. Im Handelsblatt Business-Monitor gaben drei Viertel der Manager an, dass sich die Konjunktur besser als erwartet entwickelt

Gewerbliche Wirtschaft¹⁾ in Nordrhein-Westfalen

ifo Konjunkturtest, Juli 2010

Indexwerte, 2000 = 100, saisonbereinigt



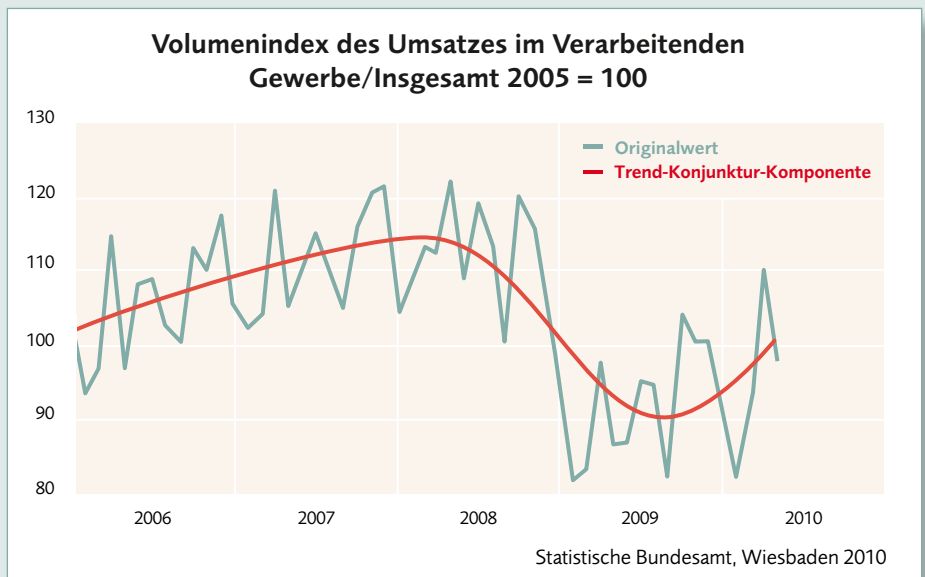
¹⁾ Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.

Quelle: ifo Konjunkturtest

habe. Die Produktionserwartungen seien von der tatsächlichen Produktion bei weiten übertroffen worden. Die deutsche Wirtschaft steuere „volle Kraft voraus“. Zum zweiten Mal in Folge sind die Steuereinnahmen gestiegen – nachdem dem sie 14 Monate lang gesunken waren.

Auch in den Zahlen der Statistischen Ämter zeigen sich positive Tendenzen. Gegenüber Juni 2009 ist der deutsche Export im Juni 2010 um 28,5% gewachsen, der Import hat um 31,5% zugenommen. Die deutschen Gesamtausfuhren wuchsen im ersten Quartal um 10,3% (219,5 Mrd. Euro). Laut Statistischem Landesamt Rheinland-Pfalz gab es im Juni 2010 deutlich mehr Aufträge für die rheinland-pfälzische Wirtschaft als im Juni 2009. Diese nahmen im Vorjahresvergleich um 25% zu. Das Inlandgeschäft nahm dabei um 17% und das Auslandsgeschäft um 31,9%. Gegenüber dem Vormonat nahm das Auftragsvolumen im Juni um 7,1% zu.

Branchenbezogen sahen die Entwicklungen folgendermaßen aus: die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen haben im Juni 1,1% weniger Aufträge erhalten (zum Vorjahr: +64,3%), der Maschinenbau hat im Juni um 13,3% zugelegt (zum Vorjahr: +33,5%), die Chemieindustrie um 11,4% (zum Vorjahr: +22,1%), die Hersteller von Metallerzeugnissen um 13,8% (zum Vorjahr +23,8%). Dabei ist jedoch im Hinterkopf zu behalten, dass diese Werte von dem extrem niedrigen Niveau des Vorjahres herrühren! Gegenüber Mai 2010 haben sich im Juni 2010 die Bestellungen insgesamt um 7,1% erhöht. Vor allem die Nachfrage aus dem Ausland hat hierzu seinen Beitrag geleistet, sie stieg um 10,8% an. Die Bestellungen aus dem Inland nahmen hingegen nur um 2,7% zu.



Der Umsatz im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe hat im Juni gegenüber dem Vormonat mit 9,8% kräftig zugelegt, gegenüber Juni 2009 war sogar ein Plus von 27,1% zu verzeichnen. „Kumuliert von Januar bis April 2010 lag das (arbeitstägliche bereinigte) reale Umsatz-

volumen im Verarbeitenden Gewerbe um 8,8% über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, dabei erhöhten sich das Inlandgeschäft um 4,8% und der Auslandsumsatz um insgesamt 14,0%“ (Statistisches Landesamt 09.06.2010).

Prognosen

Alle Institute sind sich einig darüber: die deutsche Wirtschaft wird weiter wachsen. Die meisten Prognosen liegen für dieses Jahr bei um die 2% Wirtschaftswachstum. Nach einem starken 2. Quartal (+1,1% DIW Prognose) wird sich die konjunkturelle Entwicklung etwas abschwächen. Das DIW geht für das dritte Quartal von einem Wirtschaftswachstum von 0,5% aus. Die Hoffnungen beim Exportgeschäft liegen weiterhin bei China, doch rund 50% des deutschen Exports gehen in den Euroraum, dessen Wirtschaft derzeit insgesamt eher weniger dynamisch erscheint. Entsprechend labil ist die positive Entwicklung des Exports vorerst ein-

zuschätzen, auch wenn Deutschland derzeit die ‚Lokomotive‘ der europäischen Konjunktur ist.

„Die hohe Dynamik des aktuellen Aufschwungs ist bemerkenswert, vor allem, wenn man sie mit der Entwicklung nach der letzten Rezession vergleicht. So legen die wertmäßigen Auftragseingänge in der Chemischen Industrie und der Metallbearbeitung seit Frühjahr 2009 mit durchschnittlich 2,1 und 5,4 Prozent zu – diese Werte sind beachtlich höher als der Durchschnitt der früheren Steigerungsraten.“ (DIW Konjunkturbarometer 25.06.2010).

Es geht aufwärts aber ...

Wie schon so oft betont: die positiven Entwicklungen in der deutschen Wirtschaft sind äußerst zu begrüßen, aber stets ins Verhältnis zur miserablen Ausgangslage im Krisenjahr 2009 zu setzen. Vermutlich wird sich das Wirtschaftswachstum zum Ende dieses Jahres und im nächsten Jahr etwas abkühlen: die weltweiten staatlichen Konjunkturprogramme werden auslaufen, die expansive Finanzpolitik beendet sein, der Lageraufbau in den Betrieben wieder nachlassen. Die Binnenkonjunktur schwächelt weiter (-1,2% gegenüber vorherigem Quartal). Auch die wachsende Zahl an Betriebsinsolvenzen gibt wenig Anlass zur Freude, allein in Rheinland-Pfalz mussten im ersten Quartal 2010 25% mehr Betriebe in die Insolvenz gehen als im Vorjahr. Hiervon waren 388 Unternehmen mit 2.135 Beschäftigten betroffen. Zudem gaben 1.694 Betriebe auf, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeu-

tung schließen lassen (Statistisches Landesamt 21.06.2010). Laut Creditreform sind bundesweit derzeit schätzungsweise 38.000 bis 40.000 Unternehmen in der Insolvenz, 2009 waren dies 32.700 Firmen. Hinzukommt die angespannte Situation bei der Kreditvergabe an Unternehmen. Einer der Hauptgründe sind die schlechten Geschäftszahlen für das vergangene Jahr. Die Bonität vieler Unternehmen hat sich hiermit verschlechtert oder Kreditvereinbarungen („Convenants“) wurden gebrochen. Die Banken verlangen in diesen Fällen harte Nachverhandlungen. Die schlechtere Bonität führt zu höheren Zinsen und folglich zu höheren Belastungen der Unternehmen. Häufigster Grund für ein Scheitern der Kreditgespräche ist der Mangel an Eigenkapital, der besonders bei mittelständischen Unternehmen vorliegt: in der Krise wurden diese Reserven aufgebraucht. Der Zwang zur Aufstockung des Eigenkapitals bietet nicht zu-

letzt für Private-Equity-Gesellschaften das Einfallstor in den Mittelstand.

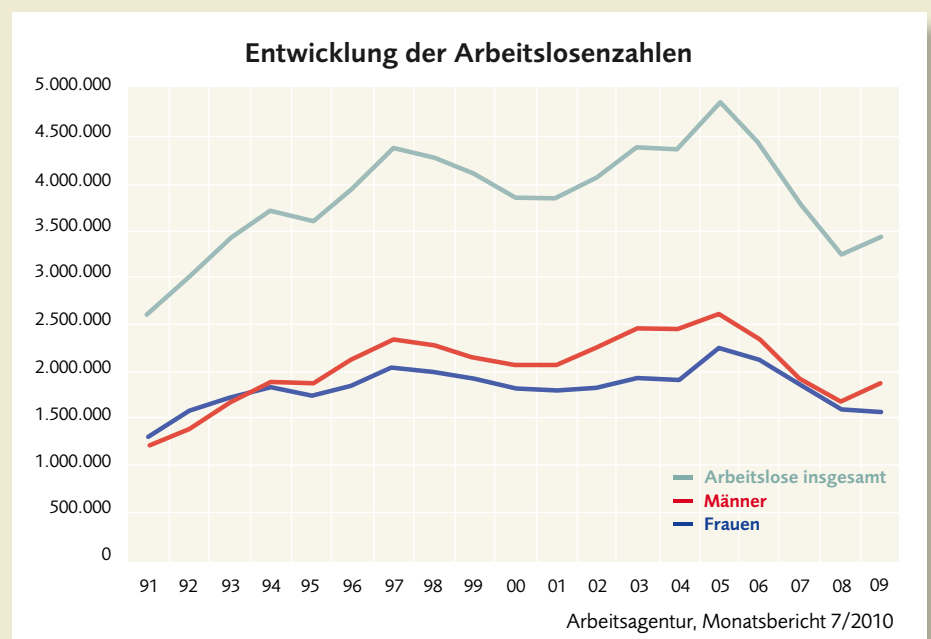
Es bleibt zu hoffen, dass ein stabiles Wirtschaftsklima mit einem weiteren Beschäftigungsaufbau einhergeht und hiervon auch die Binnenkonjunktur profitieren kann. Auch das DIW hat trotz allem offensichtlichen Optimismus seine Zweifel: „Trotz der kräftigen Dynamik vollzieht sich die realwirtschaftliche Erholung vor einem äußerst unsicheren Hintergrund“. Vor allem die Schuldenkrise so mancher EU-Staaten (z. B. Griechenland oder Spanien) bereiten Politik und Wirtschaft große Sorgen. Sollte der Finanzmarkt erneut unter den großen Spannungen morgen zusammenbrechen, sind die positiven Entwicklungen und Prognosen schon wieder von gestern und die sogenannte „Partylaune“ schnell verflogen.

ALLGEMEINE ENTWICKLUNG AUF DEM ARBEITSMARKT

Sommerpause: Die Arbeitslosenzahlen steigen kurzzeitig

Aufgrund der stärksten Frühjahrsbelebung seit 2006 sind die Arbeitslosenzahlen im zweiten Quartal weiter zurückgegangen. Im Juni waren es 88.000 weniger Arbeitslose in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Insgesamt waren somit im Juni 3.153.000 Menschen ohne Arbeit, die Arbeitslosenquote ist um 0,2% gesunken und lag bei 7,5%. Im Juli sind die Arbeitslosenzahlen allerdings, verursacht durch die Sommerpause, auf 3.192.000 etwas angestiegen (+ 39.000). Die Arbeitslosenquote nahm parallel um 0,1% auf 7,6% zu.

„Im Vergleich mit der Zeit vor der Wirtschaftskrise haben Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zwar zugenommen, der Anstieg ist aber erheblich klei-



Der Arbeitsmarkt in Deutschland

| Deutschland 2010 | Arbeitslosenzahl (gegenüber Vormonat) | Quote | Vorjahreswerte 2009 |
|------------------|--|----------------|------------------------|
| Mai | 3.242.000 (- 165.000) | 7,7% - 0,4% | Anzahl: - 217.000 |
| Juni | 3.153.000 (- 88.000) | 7,5% - 0,2% | Anzahl: - 257.000 |
| Juli | 3.192.000 (+ 39.000) | 7,6% + 0,1% | Anzahl: - 271.000 |

Der Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz

| Rheinland-Pfalz 2010 | Arbeitslosenzahl (gegenüber Vormonat) | Quote | Vorjahreswerte 2009 |
|----------------------|--|----------------|------------------------|
| Mai | 119.043 (- 6.250) | 5,7% - 0,3% | Anzahl: - 10.198 |
| Juni | 116.551 (- 2.492) | 5,5% - 0,2% | Anzahl: - 10.963 |
| Juli | 120.924 (+ 4.373) | 5,8% + 0,3% | Anzahl: + 10.406 |

ner als angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwartet wurde" (Pressemitteilung der Agentur für Arbeit, 29.07.2010). Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben zugenommen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts ist die Zahl der Erwerbstätigen im Juni saisonbereinigt um 25.000 angestiegen. Vorläufigen Daten zu Folge hat die soziaversicherungspflichtige Beschäftigung im Mai sogar um 45.000 zugenommen (siehe Tabelle).

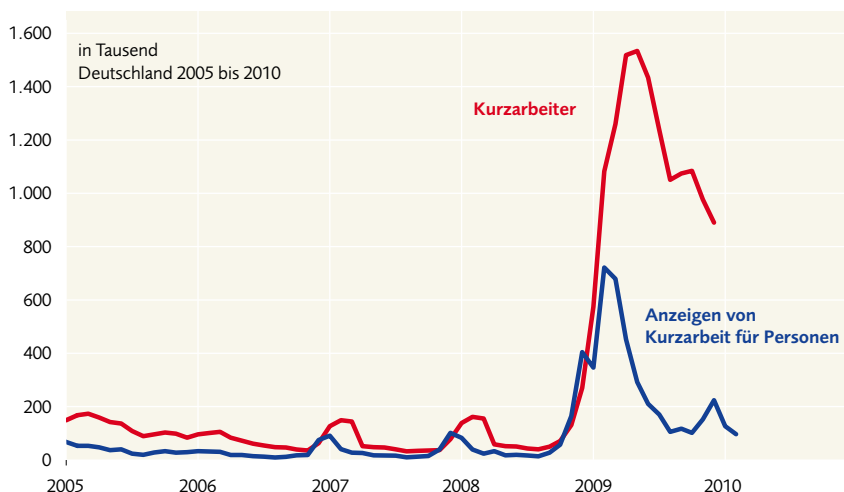
Eine weitere Verbesserung wird erwartet. Der Leiter der Bundesagentur für Arbeit Frank Jürgen Weise geht davon aus, dass die 3 Millionenmarke demnächst unterschritten wird. Die Chancen hierzu seien da. Zuletzt war dies im Oktober und November 2008 – vor der Wirtschaftskrise – der Fall (siehe Grafik).

Auch die Zahlen zur Kurzarbeit sind weiter rückläufig. Im Mai gingen 37.000 Neuanmeldungen zur Kurzarbeit bei Agentur für Arbeit ein. Nach ersten Schätzungen wurde mit 25.000 bis 30.000 Neuanmeldungen im Juni erneut weniger Kurzarbeit in Anspruch genommen als zuvor. Ersten Berechnungen zu Folge wurden ging die Zahl der Kurzarbeiter (aus konjunkturellen Gründen) um 20% auf 481.000 zurück. Laut der Bundesagentur für Arbeit hatte dies größtenteils vor allem mit der Rückkehr zur Vollbeschäftigung zu tun, andernfalls sei die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt nicht zu erklären. Die Großkonzerne Daimler und Siemens haben beispielsweise die Kurzarbeit beendet. Erstmals seit der Krise hat die durchschnittliche Arbeitszeit wieder spürbar zugenommen – im Zuge der wirtschaftlichen Erholung wird wieder länger gear-

beitet. Parallel hierzu nahmen auch die Reallöhne im ersten Quartal 2010 um etwa 0,9% zu, nach einem Rückgang von 0,4% im vierten Quartal 2009. Gegenüber dem ersten Quartal 2009 sind die Reallöhne im ersten Quartal 2010 um 1,6 Prozentpunkte leicht angestiegen. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben dagegen im selben Zeitraum um kräftige 15,2% zugelegt (siehe Tabelle).

Auch die Lage auf dem rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin relativ entspannt angesichts des zurückliegenden wirtschaftlichen Einbruchs, auch wenn die Zahl der Arbeitslosen durch die Sommerpause im Juli um +4.373 auf nun insgesamt 120.924 zugenommen hat. Die Arbeitslosenquote ist dabei um 0,3% auf 5,8% angestiegen. „Die Zeichen für das Jahr 2010 stehen gut: Am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt ist eine anhaltende Belebung der Kräftenachfrage zu beobachten – auch in den von Wirtschaftskrise stark betroffenen Bereichen" (Statistisches Landesamt 28.06.2010). Dennoch: bereits im März 2010 war die Anzahl der in der rheinland-pfälzischen Industrie Beschäftigten um 8.200 bzw. 3,4% (gegenüber dem Vorjahr) zurückgegangen. Deutschlandweit lag diese bei minus 4,3%. Wieviele entlassene Mitarbeiter nun durch die Nutzung von Leiharbeit wieder ersetzt wurden, bleibt unbekannt.

Konjunkturell bedingte Kurzarbeit ¹⁾



¹⁾ Bis Ende 2006 Kurzarbeit ohne Bau- und Landwirtschaft, ab 2007 Kurzarbeit gemäß 170 SGB III Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht

Ein weiteres ABER



Neben der verbesserten Wirtschaftslage sollten also auch die Arbeitsmarktzahlen optimistisch stimmen. Die Arbeitsministerin stellte bei der Verkündung der neuesten Arbeitsmarktzahlen fest: „Trotz dieser ermutigenden Signale gibt es aber keinen Grund für Übermut. Es gibt nach wie vor konjunkturelle Risiken. Wir sind noch nicht vollends aus der Krise heraus.“ (Pressemitteilung 29.07.2010).

Tatsächlich wird dieses Jahr mehr als wahrscheinlich die erwartete Durchschnittsmarke von 3,4 Millionen Arbeitslosen unterschritten. Nichtsdestotrotz bleibt anlässlich eines ‚konjunkturellen Schattens‘, der sich für die zweite Hälfte des Jahres ankündigt das nächste Jahr ankündigt, die Lage weiter unsicher. Ungeachtet der positiveren Arbeitsmarktzahlen geht der

Strukturwandel weiter, wie auch Frank Jürgen Weise jüngst feststellte. Die Teilzeitbeschäftigung nimmt zu (+180.000) und wird dabei von einem Abbau von 60.000 Vollarbeitszeitplätzen überlagert. Die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung findet vorwiegend im Dienstleistungssektor statt, der fortschreitende Abbau der Vollzeitbeschäftigung vollzieht sich hingegen vor allem im Verarbeitenden Gewerbe.

Immer mehr Arbeitsplätze werden von Zeitarbeitsfirmen geschaffen – aktuell ist bereits jede dritte freie Stelle bei der Bundesagentur für Arbeit von diesen gemeldet. Die Zunahme der Zeitarbeit wird in der Regel als Indikator eines Aufschwungs gewertet, man sollte sie zugleich aber als (Warn)Signal für einen negativen Wandel am Arbeitsmarkt deuten.

ARBEITSMARKTPOLITIK / AKTUELLES

Sachstand: Beschäftigungschancengesetz

Gesetzentwurf der Bundesregierung, wurde am 21.04.2010 im Kabinett behandelt und beschlossen.

Die Ausschüsse des Bundesrates für Arbeit und Sozialpolitik sowie für Frauen und Jugend haben mit Drucksache 225/1/10 vom 25.05.2010 einige Empfehlungen zum Gesetzentwurf abgegeben, u. a. sollte die Abstimmung zwischen Agentur und Transferanbieter konkreter gefasst werden, sowie die dreimonatige Wartefrist nach Ablauf der Bezugsdauer von konjunkturellem Kug entfallen. Diese Empfehlungen wurden in einer Stellungnahme der Bundesregierung abgelehnt.

Im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales zum Gesetzentwurf gab es am 05.07.2010 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen (u. a. waren geladen

Vertreter von DGB, IGM, Gesamtmetall, BDA, Bundesagentur für Arbeit, IW Köln...).

Am 07.07.2010 stand das Thema erneut auf der Tagesordnung des Ausschusses mit dem Zusatz „Beratung und evtl. Abschluss“. Am 08.07.2010 fand die zweite und dritte Beratung des Themas im Bundestagsplenum statt. An die dritte Beratung schloss sich die Abstimmung an, in der das Gesetz beschlossen wurde und am 1. Januar 2011 in Kraft tritt.

Danach kann der Bundesrat zwar noch zunächst den Vermittlungsausschuss anrufen und bei einem Scheitern dieser Verhand-

lungen auch noch sein Veto einlegen, aber wenn es sich um ein nicht zustimmungspflichtiges Gesetz handelt (was in diesem Fall wohl so ist) kann dieser Einspruch mit der absoluten Mehrheit des Bundestages zurückgewiesen werden.



Umschulung im Verbund eine weitere Alternative zur Fachkräftesicherung

Mit Blick auf den demographischen Wandel haben viele Betriebe Schwierigkeiten geeignete Fachkräfte zu finden. Der Ausweg selbst seine Fachkräfte auszubilden scheitert, weil meistens die Betriebe nicht ausbilden dürfen, da sie die in den Ausbildungsordnungen geforderten Kenntnisse und Fertigkeiten nicht vollständig vermitteln können. Für diese Unternehmen gibt es eine Möglichkeit, sich doch die dringend benötigten Fachkräfte zu sichern: die Ausbildung oder Umschulung im Verbund. Interessant ist dieses Ausbildungsmodell insbesondere für hoch spezialisierte Unternehmen, aber auch für Betriebe, die zu klein sind oder denen es an den fachlichen oder organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung der beruflichen Ausbildung fehlt.

Bei einer Ausbildung im Verbund schließen sich mehrere Betriebe (mindestens zwei) zusammen, um gemeinsam einen Auszubildenden auszubilden. Der oder die Auszubildende wechselt phasenweise in einen Partnerbetrieb, um dort die Arbeiten zu erlernen, die der andere Verbundpartner nicht vermitteln kann. Partnerbetriebe können Dienstleister oder Zulieferer des Leitbetriebes sein.

Rheinland-pfälzische Betriebe, die nicht sämtliche Ausbildungsabschnitte selbst vermitteln können, werden im Rahmen des Ausbildungsverbundes von der Landesregierung unterstützt. Je Ausbildungsverhältnis im Ausbildungsverbund wird dabei ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 2.500 Euro bereitgestellt.

Im folgenden Beispiel möchten wir die erfolgreiche Verhinderung einer betriebsbedingten Kündigung durch eine maßgeschneiderte Qualifizierung und Umschulung vorstellen.

Bei einem mittelständischen Nahrungsmittelhersteller sollte Personal abgebaut werden. Initiiert durch die zuständige Gewerkschaft wurde mit Hilfe der TBS eine Alternativlösung zum Stellenabbau erarbeitet. Das Kernstück der Alternativlösung war die Umschulung der gering qualifizierten Mitarbeiter über das Förderprogramm WeGebAU, einer Förderung der Bundesagentur für Arbeit. Ziel des Sonderprogramms war es, die Fähigkeiten der Beschäftigten zu fördern. Arbeitnehmer sollten die Möglichkeit bekommen, Teilqualifikationen zu erwerben oder fehlende Berufsabschlüsse nachzuholen, ohne jedoch ihre Arbeit kündigen zu müssen. Der Betrieb erhält für die Zeit der Umschulung der geringqualifizierten Mitarbeiter einen Arbeitsentgeltzuschuss (Bruttogehalt + Arbeitgeberanteil). In diesem Fall bekam der Betrieb für die betroffenen Mitarbeiter einen Arbeitsentgeltzuschuss von 50%, da die Umschulung intern stattfand und die Mitarbeiter dem Betrieb dabei weiterhin zur Verfügung standen.

Im Rahmen dieser Förderung wird ein Mitarbeiter mit einem Partnerbetrieb im Verbund zum Industrieelektriker der Fachrichtung Betriebstechnik ausgebildet. Beide Betriebe sind beim Abschluss des Umschulungsvertrages als Ausbildungsbetriebe eingetragen. Der Industrieelektriker

ist ein neuer zweijähriger Ausbildungsberuf aus der Gruppe der Elektroberufe. Die Aufgabe eines Industrieelektrikers sind die Analyse technischer Aufträge, die Installation oder Fertigung elektrischer Anlagen und Geräte sowie deren Instandhaltung und Wartung. Weiterhin bearbeitet, montiert und verbindet er mechanische Komponenten und elektrische Betriebsmittel. Dabei misst und analysiert er elektrische Funktionen und Systeme, beurteilt die Sicherheit elektrischer Anlagen und Betriebsmittel und installiert IT-Systeme. Der Industrieelektriker ist Elektrofachkraft im Sinne der Unfallverhütungsvorschriften.

In diesem Fall ist der Verbundpartner ein Elektrobetrieb der als Dienstleister die regelmäßigen Wartungsarbeiten im Unternehmen vornimmt. Im Rahmen dieser Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten wird der Umschüler vom Verbundpartner ausgebildet. Somit ist auch gewährleistet, dass der Mitarbeiter keine qualifikatorischen Ausfallzeiten hat und dem Betrieb auch zur Verfügung steht.

Ziel dieser Umschulung ist es, dass zukünftig teure Reparaturen und Wartungen vom eigenen Mitarbeiter erledigt werden, um mit dem Insourcing der Tätigkeit wieder Geld einzusparen.

Mit dieser Umschulung erhöht der Mitarbeiter seine Einsatzflexibilität und Beschäftigungsfähigkeit im Betrieb und schützt sich langfristig vor Arbeitslosigkeit. Der Betrieb kann seinen Bedarf an Fachkräften unkonventionell über langjährige Mitarbeiter decken und zeitgleich Kosten zu sparen.

Ratingagenturen

(Kredit-) Ratingagenturen sind private Unternehmen, die gewerbsmäßig die Kreditwürdigkeit (Bonität) von Unternehmen aller Branchen, Staaten und deren untergeordneter Gebietskörperschaften bewerten. Für gewöhnlich bezeichnen Ratingnoten mit der Buchstabenkombination von „AAA“ beziehungsweise „Aaa“ die höchste Qualität eines Unternehmens bis hin zu „D“, welche die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens angibt. Auf den globalen Finanzmärkten spielen die Ratingagenturen eine zentrale Rolle. Ihre Ratings wirken sich erheblich auf das Funktionieren der Finanzmärkte sowie das Vertrauen von Anlegern und Verbrauchern aus. Anleger, Kreditnehmer, Emittenten und Regierungen nutzen die Bewertungen dieser Agenturen für Anlage- und Finanzentscheidungen. Kreditinstitute, Wertpapierfirmen und Versicherungen berechnen damit ihre gesetzlichen Eigenkapitalforderungen oder das Risiko ihres Anlagegeschäfts.

Die Vergütung der Ratingagenturen erfolgt über die Emittenten, die stets an einem guten Rating interessiert sind. Das heißt auch, das eine objektive und zuverlässige Bewertung von Unternehmen genau unter diesem Missverhältnis leiden kann. „Gerade der Wettbewerb zwischen den Agenturen hat zu den Fehlurteilen geführt, weil es sich dabei nicht um den gewünschten Wettbewerb um zuverlässige Informationen, sondern um eine möglichst wohlwollende Bewertung gehandelt hat“ (Böckler Impuls 7/2010 N.Dose & O.Buntrock). Irreführende Ratings waren eine der wichtigen Ursachen für den Ausbruch der Finanzkrise. „Toxischen Papieren“ wurde eine gute Qualität attestiert, nicht zuletzt aufgrund von klientelistischen Beziehungsgeflechten zwischen den einzelnen Marktakteuren. Die Konsequenzen des hierauf folgenden Dominoeffekts auf dem Finanzmarkt bekam die ganze Weltwirtschaft zu spüren. Die Krisenkosten hatten die leidtragenden Volkswirtschaften zum größten Teil selbst aufzubringen.

Vor kurzem wurde nun die EU-Ratingverordnung in ein deutsches Ausführungsgesetz übertragen. Laut Bundesregierung sind dies die wesentlichen Punkte der Ratingverordnung:

- In der EU aktive Ratingagenturen müssen sich ab Juni 2010 bei der jeweiligen Finanzaufsicht des Landes registrieren und ihre Geschäfte offen legen
- Interessenkonflikte sollen vermieden werden, indem die Ratinganalysten künftig nicht mehr ihre Kunden beraten und gleichzeitig bewerten dürfen
- Regelmäßig sollen die Ratingagenturen ihre Ratings und Methoden verpflichtend überprüfen

Ob diese gesetzlichen Regelungen zu mehr Transparenz am Finanzmarkt führen und irrationale Ratings verhindern, ist sehr umstritten und dürfte allgemein bezweifelt werden.

Die drei weltweit größten und dominierenden Ratingagenturen (Standard & Poor's, Moody's und Fitch) sitzen derzeit in den USA und erwirtschafteten 2009 gemeinsam einen Umsatz von rund 3,8 Milliarden Euro. Mehr oder weniger teilen sich diese drei Agenturen den gesamten Weltmarkt, ihr Marktanteil liegt bei 95% – man könnte also auch von einem Oligopol sprechen, das nicht leicht zu durchbrechen sein wird.

Herausgeber:



TBS gGmbH
Rheinland-Pfalz
 Kaiserstraße 26-30
 55116 Mainz

Tel.: 06131/28835-0
 Fax: 06131/226102
 info@tbs-rheinlandpfalz.de
 www.tbs-rheinlandpfalz.de

DGB

